



Gender Watch: Mehr Probleme im Namen der Stabilität verursacht

Feministisches Kollektiv für wirtschaftliche Gerechtigkeit

Das Feministische Kollektiv gibt einen informativen Überblick darüber, welche verheerenden Auswirkungen die dramatische Wirtschaftskrise Sri Lankas in Kombination mit anhaltender staatlicher Repression gegen die Demokratie-Bewegung und den wirtschaftspolitischen Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds hat, besonders auf die Lebenssituation von Frauen und ihre unbezahlte und bezahlte Arbeit.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der letzten Monate haben sich verschärft. Die Kluft zwischen den Klassen in Sri Lanka ist sichtbarer denn je. Die Regierung ist damit beschäftigt, "Stabilität" durch staatliche Repression herzustellen. Seit Ranil Wickremesinghe als Präsident von Sri Lanka vereidigt wurde, ist das harte Vorgehen gegen Vorsitzende von Studierendenvereinigungen, Aktivist*innen, Künstler*innen und Bürger*innen, die am *Aragalaya*-Kampf¹ der Bevölkerung beteiligt waren, noch einmal verschärft worden. Berichten zufolge wurden mehr als 3.300 Aktivist*innen verhaftet, rund 1.250 sind noch in Polizeigewahrsam. Entgegen ihrem eigenen Versprechen, hat die Regierung das Gesetz zur Verhinderung von Terrorismus (*Prevention of Terrorism Act - PTA*) weiter angewendet und es zur Verhaftung von Studierendenführer*innen genutzt. Repressionen und eine Wirtschaftspolitik, die mehr soziale Unsicherheit für Frauen aus der Arbeiterklasse und einkommensschwache Familien schaffen, sind an der Tagesordnung.

Interimshaushalt

Das Parlament hat einen Übergangshaushalt verabschiedet, der strenge Sparmaßnahmen und die Privatisierung staatlicher Unternehmen vorsieht. Die direkten Steuern wurden weiter erhöht, da die Mehrwertsteuer von 12 auf 15 Prozent heraufgesetzt wurde. Dies geschah, während die Inflation bei lebenswichtigen Gütern ein unvorstellbares Ausmaß erreichte.

¹ Aragalaya ist das singhalesische Wort für Kampf

Die Vorschläge im Übergangshaushalt für die soziale Sicherheit sahen eine Erhöhung der derzeitigen staatlichen Unterstützung für Schwangere um Rs. 2.500 vor, der monatlichen Zuschüsse für Samurdhi² (um lächerliche 100 Rs.), für ältere Menschen (von Rs. 2.000 auf Rs. 5.000), für einkommensschwache Behinderte und Nierenkranke (von Rs. 5.000 auf Rs. 7.500).³ Darüber hinaus sollen 61.000 Familien mit geringem Einkommen 5.000 Rupien erhalten. Diese Maßnahmen sind absolut unzureichend, um sich das Nötigste leisten zu können, wenn man die herrschenden Inflationsraten bedenkt.

Die Lebensmittelinflation ist im August auf schwindelerregende 93,7 Prozent und die Inflation der Transportkosten auf 148,6 Prozent gestiegen. Bereits vor der Krise (2015) gab Sri Lanka nur 3,2 Prozent des BIP für soziale Sicherheit aus. Das ist der niedrigste Wert in Asien und liegt auch unter dem Durchschnitt von 3,9 Prozent, den Ländern mit mittlerem Einkommen ausgeben.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) benötigt eine vierköpfige Familie monatlich mindestens Rs.100.000 zum Überleben. Außerdem sind drei von 10 Haushalten (über 6,26 Millionen Menschen) von Ernährungsunsicherheit betroffen, 65.600 Personen stark. Schätzungen des Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) zufolge benötigen 2,3 Millionen srilankesische Kinder dringend humanitäre Hilfe. Der Vorsitzende des Präsidialausschusses für nationale Ernährungssicherheit gab bekannt, dass Personen in 100.000 Familien unterernährt sind und 75.000 von ihnen derzeit gegen den Hungertod kämpfen. Etwa 40.000 Familien erhalten Lebensmittel oder Nahrung über Kochsalzlösung.

Der vorläufige Haushalt spiegelt weder den Ernst der Lage noch die Dringlichkeit der erforderlichen Unterstützung wider. Er sorgt auch nicht für die Wiederbelebung des Agrarsektors, der nach dem verhängnisvollen Düngemittelverbot und der Treibstoffkrise, am Boden liegt. Selbst dem Bildungssektor wurden nach den langen Unterbrechungen des Schulunterrichts und der schweren Unterernährung unter den Kindern, keine angemessenen Mittel zugewiesen. Der Haushalt hat überhaupt nicht auf die Tatsache reagiert, dass große Teile der Bevölkerung in jüngster Zeit in die Armut abgerutscht sind.

Mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) wurde auf der Arbeitsebene eine Unterstützung der Wirtschaftspolitik des Landes mit einer 48-monatigen Regelung über 2,9 Mrd. USD im Rahmen einer Sonderfazilität des IWF vereinbart. Die Empfehlungen des IWF beinhalten jedoch strenge Sparmaßnahmen, die sich nicht zum Vorteil der Bevölkerung auswirken. Zwar wird auf eine Erhöhung der Sozialausgaben verwiesen, aber dies geschieht im Rahmen von Geldtransfers und gezielter Unterstützung einzelner Gruppen, was zur Bewältigung der Krise völlig unzureichend ist.

Die wiederholten Forderungen von Frauengruppen nach universeller sozialer Sicherheit, insbesondere in einer Wirtschaftskrise, werden wieder einmal ignoriert. Das harte, menschenfeindliche Programm des Übergangshaushalts und die unsensiblen Empfehlungen des IWF sind äußerst bedenklich, da die Last ohne Zweifel auf die Frauen, die arbeitende Bevölkerung und die Armen in Sri Lanka zurückfällt.

Energiearmut

Die Empfehlungen des IWF sehen einen "kostendeckenden Preis" für Brennstoffe und Strom vor. Im August 2022 hat das *Ceylon Electricity Board* (CEB) die Strompreise zum ersten Mal seit neun Jahren erhöht. Für diejenigen, die am wenigsten verbrauchen - weniger als 30 Einheiten pro Monat - werden die Tarife am

² Singhalesisches Wort für Wohlfahrt

³ Am 25. September 2022 betrug der Wechselkurs für 1 Sri Lanka Rupie = 0,002856 Euro

stärksten erhöht, nämlich 264 Prozent. Das bedeutet, dass die Hälfte der Verbraucher*innen von Haushaltsstrom - 3,14 Millionen Haushalte, die weniger als 60 Einheiten im Monat verbrauchen - die größte Erhöhung der Stromrechnungen zu erwarten haben.

Die Stromtariferhöhungen widersprechen den Grundsätzen der Energiegerechtigkeit. Dabei haben Frauen die größte Last dieser Erhöhungen zu tragen. Kostensenkungsmaßnahmen in den Haushalten gehen in der Regel zu ihren Lasten. Energiesparen in der Küche wirkt sich auf die Ernährung aus, da die Frauen weniger Mahlzeiten kochen. Die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Energiearmut werden eine ganze Generation von Frauen und Mädchen einschränken, ihnen Zeit rauben und ihren Zugang zu Bildung und Jobs erschweren. Die Energieprekarität wird in den Haushalten zunehmen, die bereits während der Covid-19-Lockdowns ihre Stromrechnungen nicht zahlen konnten, und wird sie noch tiefer in einen Schuldenkreislauf treiben. Obwohl Sri Lanka eine fast 100-prozentige Elektrifizierung hat, werden die Tarifänderungen viele Haushalte in die Dunkelheit stürzen.

Die Erhöhung des Kerosinpreises von Rs. 87 auf Rs. 340 schwächt die ländliche Wirtschaft erheblich. Fischer können wegen des Kerosinmangels und der Preiserhöhungen ihre Boote nicht benutzen und ihren Tätigkeiten nicht mehr nachgehen. Kleinbäuer*innen sind auf Kerosin angewiesen, um Wasserpumpen für den Anbau zu betreiben. Der Anstieg des Kerosinpreises hält die Bäuer*innen von der Produktion ab, was sich negativ auf die Ernährungssicherheit auswirkt.

Bildungsbilanz offengelegt

Nach Angaben der UN lebte fast die Hälfte aller Kinder in Sri Lanka (42 Prozent) vor der Wirtschaftskrise in Armut und ein Drittel der Kinder unter vier Jahren war untergewichtig oder retardiert. Das Ministerium für Bildung räumte ein, dass der Bildungssektor in eine schwierige Phase eingetreten sei.

Die Bewältigung der Wirtschaftskrise ist eine größere Herausforderung für den Bildungssektor als die Pandemie, als der Lernverlust bereits 54 Prozent (2020) und 88 Prozent (2021) betrug. Die Wirtschaftskrise hat zu einem Rückgang der Schüler*innenzahlen beigetragen. Nach Angaben von *Save the Children* muss jede vierte Schüler*in hungern, weil die Regierung die Mittel für das Schulspeisungsprogramm einspart. Willkürliche Schulschließungen lassen Kinder hungern, weil das kostenlose Schulessen für eine Million der bedürftigsten Kinder des Landes eine Lebensgrundlage darstellt. Kinder in zwei von fünf Haushalten konnten nicht weiter online lernen, weil sich die Familien weder Internetgebühren noch Smartphones leisten konnten. Die Bildungsgewinne durch hohe Alphabetisierungsraten und die Bildung von Mädchen, die früher durch ein kostenloses öffentliches System erreicht wurde, werden durch die Krise zunichte gemacht.

Ausbeutung von bezahlter und unbezahlter Frauenarbeit

Die Regierung hat es für notwendig erachtet, inmitten der Krise neue Gesetze auf den Weg zu bringen. Das Kabinett hat Änderungen des Laden- und Büroangestelltengesetzes von 1954 zugestimmt, die es Frauen nun erlauben, nachts in z.B. Call-Centren zu arbeiten. Das Mindestalter für Arbeitsmigrant*innen wurde von 25 auf 21 Jahre herabgesetzt; die Beschränkungen der Migration von Frauen mit kleinen Kindern unter zwei Jahren und die Auflage, vor der Migration einen Bericht zum Familienhintergrund vorzulegen, wurden aufgehoben. Das Arbeitsministerium will geltende Gesetze ändern, damit Jugendliche ab 16 Jahren arbeiten können. In den ersten sechs Monaten 2022 haben täglich 777 arme Landbewohner*innen - viermal mehr als

im Jahr 2021 - Sri Lanka als Migrant*innen verlassen. Während die Arbeitsgesetze flexibler gestaltet werden, bleiben die Arbeitsbedingungen ausbeuterisch und prekär.

Im Jahr 2020 starben 114 srilankesische Arbeiter*innen an ihren Arbeitsplätzen, und es wurden keine Maßnahmen ergriffen, um auf die Gefahren zu reagieren. Stattdessen werden arme Landbewohner*innen zur Migration gedrängt. Es ist besorgniserregend, dass Frauen und Kinder die ersten sind, die von der Arbeitsrechtsreform betroffen sind, ohne dass angemessene Vorkehrungen für sichere Arbeitsbedingungen, gleiche Entlohnung und für Kinderbetreuung getroffen wurden. Arbeitsplätze mit besseren Arbeitsbedingungen für Frauen, wie etwa im öffentlichen Sektor, werden im Rahmen der Sparmaßnahmen gestrichen. Staatsbediensteten wird es erleichtert, unbezahlten Urlaub zu nehmen, um für maximal fünf Jahre im Ausland zu arbeiten, und die obligatorischen monatlichen Überweisungen nach Hause zu tätigen.

Die Regierung hat keinen Plan zur Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort. Stattdessen fördert sie die Abwanderung von Arbeitskräften als einfaches Mittel, um Devisen einzunehmen, ohne Rücksicht auf das Wohlergehen der Arbeitnehmer*innen und ihrer Familien. Darüber hinaus wird im Übergangshaushalt vorgeschlagen, das Renteneintrittsalter für Staatsbedienstete von 65 auf 60 Jahre herabzusetzen, was die Menschen in den „Ruhestand“ drängt und zwingt, für ihre eigene finanzielle Sicherheit zu sorgen.

Der IWF empfiehlt eine Lockerung der Vorschriften, um die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen. Diese Änderungen in Bezug auf Frauenarbeit werden oft von liberalen Argumenten begleitet, nämlich den Frauen mehr "Wahlmöglichkeiten" zu bieten. Dabei wird die Tatsache, dass die Arbeit außerhalb des Hauses in der Regel unter schlechten Arbeitsbedingungen und zu miserablen Löhnen erfolgt, nicht berücksichtigt, vielleicht sogar absichtlich ignoriert. Die angebliche Wahlmöglichkeit ist nichts anderes als die Antwort der Regierung auf die wirtschaftliche Situation mit einer bewussten Politik, die Frauen der Ausbeutung und Diskriminierung aussetzt. Unbezahlte Care-Arbeit und soziale Reproduktion werden bei der Diskussion über den Beitrag der Frauen zur Wirtschaft ebenfalls ausgeklammert. Frauen sind zur Lohnarbeit gezwungen, um ein Einkommen zu erzielen, mit dem sie ihre Grundbedürfnisse befriedigen können, zusätzlich zu der unbezahlten Arbeit, die sie leisten.

Die Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben ohne Anerkennung der Care-Arbeit stellt eine Doppelbelastung dar. Der Bedarf an Bareinkommen und damit der Druck auf Frauen werden vor dem Hintergrund der gestiegenen Preise für andere lebenswichtige Güter wie Kraftstoff und Energie noch erhöht. Frauen haben die Doppelbelastung von bezahlter und unbezahlter Arbeit auch auf sich genommen, weil die Möglichkeiten für Tagelöhner*innen für Männer geschrumpft sind.

Eine in den zwei DS-Divisionen⁴ Karaitivu und Samanthurai im Bezirk Ampara in der Ostprovinz Sri Lankas durchgeführte Studie über die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Covid-19-Krise ergab, dass 46 Prozent der Frauen angaben, ihre häusliche Care-Arbeit hätte aufgrund der Pandemie zugenommen, und 37,5 Prozent von ihnen konsumierten aufgrund des schrumpfenden Einkommens weniger Nahrungsmittel. Es ist alarmierend, dass Frauen seit drei Jahren das Überleben der Haushalte sichern müssen und nun im Namen von Strukturreformen in härtere Arbeitsbedingungen hineingedrängt werden.

Schluss mit Repression und Austerität

Während wir uns dem letzten Quartal eines turbulenten Jahres nähern, sind die Intensität der Wirtschaftskrise und ihre verheerenden Auswirkungen unübersehbar. Die Doppelstrategie von Sparmaßnahmen und Repression

⁴ Verwaltungseinheiten auf Distriktebene in Sri Lanka

der srilankesischen Regierung hat den Menschen noch mehr Leid zugefügt und unsere Hoffnungen auf eine Erholung zunichte gemacht. Die Regierung muss umgehend mit den Einschüchterungen, Schikanen, grundlosen Kontrollen und Verhaftungen von Aktivist*innen, die von ihrem Recht auf Meinungsverschiedenheit Gebrauch machen, aufhören. Das drakonische PTA, das junge Menschen zu Unrecht inhaftiert hat, gehört aufgehoben und darf nicht durch ein anderes Gesetz ersetzt werden.

Ernährung und Ernährungssouveränität müssen Vorrang haben, indem ein inselweites Verteilungssystem für Lebensmittel eingeführt wird; die bestehenden Systeme von Sathosa⁵, Samurdhi und Kooperativen sollten ausgebaut werden. Da die Zahl der Menschen zunimmt, die in prekären Situationen und in Armut leben, ist der Übergang zu universellen Programmen für die Versorgung mit Nahrungsmitteln und sozialer Sicherheit von entscheidender Bedeutung. Jeder Versuch, lediglich Programme für bestimmte Zielgruppen inmitten der weit verbreiteten Entbehrungen durchzuführen, wird zu Unzufriedenheit und sozialen Unruhen führen.

Die Subventionen für alle Haushalte für Brennstoffe, Strom, Wasser, Kerosin, Flüssiggas und Grundnahrungsmittel dürfen nicht abgebaut werden. Bäuer*innen und Fischer*innen müssen dringend Unterstützung und Subventionen erhalten, um die sich verschärfende Nahrungsmittelkrise abzuwenden. Außerdem muss sichergestellt werden, dass das Programm für die Mittagsmahlzeit an Schulen mit ausreichenden Mitteln ausgestattet ist und mit sofortiger Wirkung umgesetzt wird.

Hilfsprogramme zur Bekämpfung von Hunger, Obdachlosigkeit, Verwahrlosung und häuslicher Gewalt müssen von der Regierung unverzüglich eingerichtet werden. Die Beamt*innen müssen angewiesen werden, diese Dienste ohne Diskriminierung, Vorurteile oder Verurteilungen bereitzustellen. Da sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt zunimmt, sollten staatliche und nicht-staatliche Stellen Unterstützungsdienste einschließlich Schutzräumen für Frauen und Kinder bereitstellen. Die Maßnahmen müssen zeitnah erfolgen und auf die Überlebenden von Gewalt orientieren.

Schließlich sollten die ausbeuterischen Arbeitsrechtsreformen mit sofortiger Wirkung eingestellt werden. Der Staat und der IWF können die Last der Schuldentilgung des Landes nicht auf Frauen und Kinder abwälzen und sie in unsichere und ausbeuterische Arbeitsbedingungen katapultieren. Ein existenzsichernder Lohn, der dem starken Anstieg der Lebenshaltungskosten Rechnung trägt, muss in allen Sektoren eingeführt werden. Ein Beschwerdemechanismus für Arbeitnehmer*innen über unfaire und ausbeuterische Arbeitspraktiken muss eingeführt werden.

Die zunehmende Belastung durch unbezahlte Care-Arbeit muss anerkannt werden und Unterstützung bereitgestellt werden für Tagesbetreuung, Altenpflege, Essensausgabe und psychosoziale Betreuung, um den extremen Druck, dem Frauen ausgesetzt sind, zu mindern, damit ihr kontinuierlicher Beitrag durch bezahlte und unbezahlte Arbeit dem Land zugute kommt.

Übersetzung: Christa Wichterich

⁵ Lanka Sathosa ist eine staatliche Geschäftskette zur Versorgung der Bevölkerung mit preiswerten Bedarfsgütern in Krisenzeiten, beaufsichtigt vom Ministerium für Industrie und Handel.

Die Autor*innen

Feminist Collective for Economic Justice ist ein Kollektiv von feministischen Ökonom*innen, Wissenschaftler*innen, feministischen Aktivist*innen, Studierenden und Rechtsanwält*innen, die in unterschiedlichen Regionen Sri Lankas arbeiten und sich zusammengeschlossen haben, um die aktuelle ökonomische Krise in Sri Lanka zu analysieren und Empfehlungen vorzulegen.

Feministcollectiveforjustice@gmail.com

Quelle

<https://www.themorning.lk/gender-watch-more-suffering-imposed-in-the-name-of-stability/>

V.i.S.d.P.:

Jean Donauer

c/o Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)

Sternstr. 2

20357 Hamburg

speak.up@globe-spotting.de

Hrsg.: Redaktionsnetzwerk Südasiens

Speak up! ist eine Medieninitiative des unabhängigen Redaktionsnetzwerk Südasiens in Kooperation mit dem Themendienst Globe spotting

GLOBE SPOTTING

Themendienst
Reportagen & Analysen

